

Antrag

der Abgeordneten Ralf Göbel, Wolfgang Bosbach, Hartmut Koschyk, Thomas Strobl (Heilbronn), Wolfgang Zeitlmann, Günter Baumann, Clemens Binninger, Hartmut Büttner (Schönebeck), Norbert Geis, Roland Gewalt, Reinhard Grindel, Martin Hohmann, Volker Kauder, Dorothee Mantel, Erwin Marschewski (Recklinghausen), Stephan Mayer (Altötting), Beatrix Philipp, Anita Schäfer (Saalstadt), Dr. Ole Schröder und der Fraktion der CDU/CSU

Ausschreibung des BOS-Digitalfunks im Jahr 2003 einleiten

Die von den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) verwendeten analogen Funksysteme sind den taktischen, technischen und datenschutzrechtlichen Anforderungen nicht mehr gewachsen. Die analogen Funksysteme erlauben keine Sprach- und Datenübertragung im gleichen Netz und bieten keinen Schutz vor unberechtigtem Mithören. Bei Großlagen oder in Katastrophenfällen sind die analogen Funksysteme häufig überlastet. Bei der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2002 sind die Netze teilweise zusammengebrochen, so dass die Kommunikation der Katastrophenschutzbehörden und der Hilfskräfte unzureichend war.

Das veraltete analoge BOS-Funknetz ist den Anforderungen einer Großkatastrophe und der Notwendigkeit, eine Vielzahl von Einsatzkräften zu führen, nicht gewachsen. Es ist mit dem neuen Funksystem der Bundeswehr nicht kompatibel.

Vor diesem Hintergrund wird der Weiterbetrieb der analogen Funksysteme zu einem Sicherheitsrisiko. Hinzu kommt, dass in den kommenden Jahren steigende Kosten und Engpässe bei Ersatzteil- und Ersatzbeschaffung zu erwarten sind. Aufgrund sinkender Nachfrage bei Privatkunden beabsichtigen die Hersteller analoger Funktechnik ihre Produktion zu reduzieren und dann ganz einzustellen.

Um die analogen Funksysteme zu ersetzen, sind die BOS schnellstmöglich mit einem neuen digitalen Funksystem auszurüsten. Die Einführung eines solchen BOS-Digitalfunks wird die Kommunikation innerhalb und zwischen den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben verbessern. Durch ein digitales Funksystem entstehen für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben einheitliche Informations- und Kommunikationsstrukturen, was den gemeinsamen, koordinierten Einsatz erleichtert. Das digitale Funksystem kann Sprache und Daten gleichzeitig übertragen. Dadurch wird ein flexibler und schneller Austausch von Daten ebenso möglich wie der mobile Zugriff auf Datenbanken im Inter- oder Intranet. Dies eröffnet neue Perspektiven für Verbrechensbekämpfung, Zollfahndung, Gefahrenabwehr, Katastrophenschutz und Notfallversorgung. So kann beispielsweise die Polizei schneller auf Fahndungsdaten zugreifen und der Rettungsdienst medizinische Daten von Unfallopfern vorab ans Krankenhaus übermitteln. Durch Verschlüsselung wird Abhörsicherheit des digitalen Funksystems gewährleistet. Auf dem Markt werden verschiedene digitale Funksysteme angeboten (z. B. TETRA, Tetrapol, GSM). Die Entscheidung, welches digitale Funksystem das geeignete ist, haben Bund und Länder im Rahmen eines Vergabeverfahrens gemeinsam zu treffen.

Die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern hat bereits am 23./24. November 2000 beschlossen, dass ein digitales Sprech- und Datenfunknetz für die BOS erforderlich ist. Der Beschluss sah vor, den Netzaufbau bis Ende 2005 abzuschließen, um die Nutzung des Netzes durch die Polizei ab Anfang 2006 sicherzustellen.

Der Bundesminister des Innern formulierte das Ziel, wegen des hohen Einsatzaufkommens der Polizeien des Bundes und der Länder sowie der Rettungsdienste den BOS-Digitalfunk bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland einzuführen.

Tatsächlich ist jedoch die Einführung des BOS-Digitalfunks bis 2006 stark gefährdet. Der Innenministerkonferenz und der Finanzministerkonferenz gelang es trotz Aufforderung durch die Ministerpräsidentenkonferenz und den Bundeskanzler bislang nicht, die Etreife des Projekts festzustellen. Der Bundeshaushalt stellt zudem keine Mittel bereit, das Projekt auszuschreiben. Erfolgt die Ausschreibung nicht spätestens im Herbst 2003, wird es nicht möglich sein, den BOS-Digitalfunk bis 2006 in Deutschland einzuführen. Dies ist nicht allein mit Blick auf die Sicherheitslage bei der Fußballweltmeisterschaft problematisch. Angesichts der wachsenden Sicherheitsrisiken und der steigenden Kosten der analogen Funksysteme muss der BOS-Digitalfunk in Deutschland rasch eingeführt werden. Bei der Einführung des Digitalfunks sind die Belange der Kommunen sowie ihre finanziellen Möglichkeiten zu berücksichtigen.

Die Nachbarstaaten Deutschlands sind bei der Einführung eines digitalen Funksystems für Sicherheitsbehörden zum Teil erheblich weiter. Die BOS in Deutschland laufen Gefahr, von modernen Kommunikations- und Informationstechnologien abgekoppelt zu werden. Die aus sicherheitspolitischen Gründen notwendige europaweite Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden wird dadurch erheblich erschwert.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- einen aktuellen überarbeiteten und realistischen Zeitplan für die Einführung des BOS-Digitalfunks vorzulegen,
- zusammen mit den Ländern das Vergabeverfahren und die dafür notwendige Ausschreibung sofort einzuleiten,
- die Finanzmittel, die für die Ausschreibung erforderlich sind, im Jahr 2003 bereitzustellen.

Berlin, den 8. April 2003

Ralf Göbel
Wolfgang Bosbach
Hartmut Koschyk
Thomas Strobl (Heilbronn)
Wolfgang Zeitlmann
Günter Baumann
Clemens Binninger
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Norbert Geis
Roland Gewalt

Reinhard Grindel
Martin Hohmann
Volker Kauder
Dorothee Mantel
Erwin Marschewski (Recklinghausen)
Stephan Mayer (Altötting)
Beatrix Philipp
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Ole Schröder
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion